

Pressemitteilung vom 22. Februar 2021

Nach dem Jahrestag: Hanau muss politische Konsequenzen gegen Rechtsextremismus und Rassismus haben

Am 19. Februar 2021 jährte sich der rassistische Terroranschlag in Hanau. Nach dem Gedenken müssen die Angehörigen der Opfer weiterhin Gehör bekommen. Zentral muss die Aufklärung der Taten bleiben.

Auch nach dem 19. Februar muss die Aufklärung der Taten im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen und die Politik muss ihrer Fürsorgepflicht in Bezug auf die Angehörigen der Opfer gerecht werden. Zum Beispiel fordern die Angehörigen und Unterstützer*innen der Initiative 19. Februar die Schaffung eines hessischen Opferfonds, der angemessen ausgestattet ist und Rechtsterrorismus, Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt klar benennt und nicht allgemein gehalten ist. Hierfür haben Sie eine [Petition](#) gestartet.

Hanau war ein weiterer Beweis dafür: Wir brauchen einen nachhaltigen Kampf gegen Rassismus! Eine ebenenübergreifende Verzahnung in der Politik ist ein Erfordernis. Ein weiteres Erfordernis sind aber Maßnahmen im Rahmen aller drei Gewalten, also in Legislative, Exekutive und Judikative. Zum Beispiel gilt es, bundesweit in Richtung rassismussensibler Fortbildung von Richterinnen und Richtern und der rassismussensiblen Strafverfolgung voranzukommen“, sagt Armaghan Naghipour, stellvertretende Vorstandsvorsitzende von DeutschPlus und Teil des Vorstands der neuen deutschen organisationen. Um gebündelte Maßnahmen auf den Weg zu bringen, braucht es die Schaffung eines separaten Ministeriums, das sich mit dem Thema Einwanderungsgesellschaft, Teilhabe und Antidiskriminierung befasst. Anders als der nach Hanau ins Leben gerufene Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, der nur Empfehlungen abgeben kann, könnte ein solches Ministerium Gesetzesvorhaben entwickeln und einbringen, so Naghipour.

Diese Maßnahmen müssen auf einem soliden Grund stehen: Einem Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft und Antirassismus als Staatsziel im Grundgesetz. Im Rahmen dessen bedarf es auch einer angemessenen, einfachgesetzlichen Würdigung zivilgesellschaftlicher Initiativen und der Wirkung ihrer politischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit. Hierfür bedarf es einer gesetzlichen Grundlage der Demokratiewerksarbeit und Förderung, wie in der im August 2020 vorgelegten [Antirassismus-Agenda 2025](#) gefordert wird.

Der Kampf um Teilhabe und gegen Rassismus und rechtsextreme Gewalt ist auch ein Kampf um das Einschreiben in das kollektive deutsche Gedächtnis. „Medien haben in diesem Prozess eine zentrale Verantwortung. Sie müssen antisemitische und rassistische Gewalt als historische Kontinuität in Deutschland begreifen, die strukturelle Verankerungen beleuchten und gleichzeitig auch die Geschichten des antifaschistischen Widerstands migrantischer und postmigrantischer Initiativen und Organisationen erzählen“, fordert Meral El, Geschäftsführerin der neuen deutschen organisationen.

Zu den ndo: Das postmigrantische Netzwerk "neue deutsche organisationen" ist ein Zusammenschluss von 130 Initiativen aus ganz Deutschland, die sich für Vielfalt und gegen Rassismus engagieren. Die Geschäftsstelle wird gefördert durch die Stiftung Mercator.

Pressekontakt: medien@neue-deutsche-organisationen.de